

Wenn die Menschen nur über das sprächen,
was sie begreifen, dann würde es sehr still
auf der Welt sein.

Albert Einstein (1879–1955)

1. Deutschland, deine Muslime

1.1 Das Dauerthema der Republik: „Der Islam“ – Worüber reden wir eigentlich?

Ein Satz des unglücklichen Bundespräsidenten a. D. Wulff, den er im Jahre 2010 äußerte – dieser Satz war im Übrigen sein einziger Nachlass –, wurde zum Kristallisationspunkt einer Diskussion, die bis heute anhält. Landauf, landab hören wir seitdem zwei, immer gleiche Sätze: „Der Islam gehört zu Deutschland“ – das ist der Wulffsche Originalsatz und „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ – das ist der Komplementärsatz der Gegner der Wulffschen These. Beide Sätze sind zwar syntaktisch korrekt, semantisch aber völlig inhaltsleer. Es wird nicht im Geringsten deutlich, was sie bedeuten.

Wir diskutieren gerne in Deutschland, das ist meistens auch gut so, aber ich frage mich, warum sich bei dem Thema Islam niemand die Mühe macht, einen Moment innezuhalten, um diese Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Vielleicht sollten wir zuerst präzisieren, worüber wir diskutieren. „Über den Islam“, würden viele jetzt aufschreiben. Über „den Islam?“ Wenn es denn so ist, sollte man sich zuerst folgende Frage stellen: wer – oder was bitteschön – ist denn *dieser* „Islam“?

Warum sagt denn niemand, dass eine Religion weder eine Person noch eine Institution ist, sondern zunächst einmal etwas Abstraktes, dem man sich durch Definition und Interpretation annähern muss?

„Wir diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört“, würden wiederum andere kundtun.

Schön. Warum sagt denn niemand, dass rechtlich, aber auch gesellschaftlich keine Person, keine Weltanschauung, keine Institution aus einem Land ausgeschlossen werden kann, wenn diese sich in eben diesem Land aufhält und das Recht des jeweiligen Staates respektiert?

Inzwischen ist es soweit, dass man bei jeder sich bietenden Gelegenheit gefragt wird, zu welcher Fraktion man angehört: der Fraktion der „Islamgehört-zu-Deutschland“-Anhänger oder dem entgegengesetzten Lager. Die Gretchen-Frage der Islamdiskussion in Deutschland.

Der Journalist Rainer Hermann hat dieses Für und Wider im März 2018 in seinem Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) um eine weitere Variation bereichert. Er schreibt: „Der Islam ist in Deutschland“.¹ Dieser Satz ist zwar ebenso inhaltsleer, beschreibt aber zumindest ein unbestreitbares Faktum, weil eben viele Muslime in Deutschland *sind* – und mit den Muslimen ist der Islam in Deutschland. Meine bevorzugte Variante lautet daher: „Muslime gehören zu Deutschland“ – also auch nicht „*die* Muslime“, weil es eben auch *die* Muslime nicht gibt.

Aber auch die Wohlmeinenden, wie etwa der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, geben nur Halbgares von sich, wenn sie versuchen, die Wogen zu glätten. Laschets Aussage, dass der Islam als Religionsgemeinschaft anerkannt werden sollte, ist vielleicht nett gemeint, aber falsch insofern, als der Islam keine Religionsgemeinschaft ist – sondern eine Religion.

Warum nimmt ein Ministerpräsident nicht zur Kenntnis, was Juristen immer wieder sagen? Nämlich, dass eine Religion keine „Gemeinschaft“, also keine Institution ist, und dass man eben nur eine „Religionsgemeinschaft“ rechtlich anerkennen kann und nicht eine Religion. Warum so viele leere Worte ohne sachlichen Hintergrund, wenn es um den Islam geht? Vermutlich, weil auch denen, die zu diesem Thema ihren Senf dazu geben, klar ist, dass ihren Worten eh keine Taten folgen werden. Dass man versucht, mit irgendeinem Pro- oder Contra-Spruch die Quote oder die nächsten Wahlen zu retten. Viele äußern sich zum Thema Islam – gefragt und ungefragt –, oft ohne sich mit der Materie auseinander gesetzt zu haben. „*Der Islam*“ scheint die Zunge zu lösen und den Redefluss so zu steigern wie

1 Kommentar: Der Islam ist in Deutschland. Rainer Hermann, FAZ, faz.net, 28.3.2018, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-islam-ist-in-deutschland-ein-kommentar-15515750.html>

sonst Alkohol. Aber genau wie bei Alkohol sinkt die Qualität des Gesagten mit der konsumierten Menge.

Natürlich gibt es Probleme mit dem Islam, so wie er sich heute präsentiert, sogar schwerwiegende, und es sieht so aus, als würden diese Probleme mit den zunehmenden politischen Konflikten in der islamischen Welt auch hierzulande zunehmen. Darüber müssen wir reden. Wir müssen verstehen, was die Wurzeln dieser Probleme sind. Und wir müssen sowohl über diese Ursachen diskutieren, als auch darüber, warum viele politische Führer in der islamischen Welt nicht das geringste Interesse daran haben, etwas an der Situation zu ändern, vor allem, wenn sie ihre Machtstellung in Gefahr sehen. Dementsprechend müssen die Verantwortlichen in Europa handeln und Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Zeit der verharmlosenden Sprüche ist vorbei. Während Befürworter und Gegner des Islams mit ihren dünnen Argumenten Pingpong spielen, wird das Leben für „normale“ Muslime und Nichtmuslime immer unerträglicher. Wer dagegen etwas unternehmen will, muss die Ursachen kennen.

Zuerst die Politik. Denn gern scheinen sich unsere Parteien nicht gerade mit dem Islam zu befassen. Kritik zu üben, scheint ihnen unangenehm zu sein – will man doch den Muslimen nicht weh tun. Offensichtliche Parteinahme jedoch ebenso – will man doch die Wählerschaft nicht verschrecken. Bis in die 1990er-Jahre hinein haben sich die Parteien – ausgenommen die *Grünen* – also zu den Themen Islam und Integration von Muslimen kaum geäußert. Es schien ihnen zweckdienlicher zu sein, nicht nur den Mund zu halten, sondern auch über den Islam ausschließlich Belangloses zu äußern wie, er sei eine „Bereicherung“ oder „Integration ist keine Einbahnstraße“. Noch Ende der 1990er-Jahre wurde haarspalterisch zwischen „Zuwanderung“ und „Einwanderung“ unterschieden. Diejenigen, die diese feinen Unterscheidungen vornahmen, waren allerdings keine Sprachwissenschaftler, sondern Feiglinge, die es vermeiden wollten, die Dinge beim Namen zu nennen. Das Thema Islam segelte unter der Flagge Integration mit – und wurde unterschätzt. Die Politiker wollten die globalen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Islam und deren Auswirkungen auf Deutschland möglichst nicht konkret benennen. In Fernsehdiskussionen verwiesen sie gerne auf die Beobachtungen ihrer Ehefrauen zu deren Zeit als Lehrerinnen, auf subjektive Momentaufnahmen also, auf die sich Politik nicht allein verlassen sollte.

Vor allem aber wollte kaum jemand wahrhaben, dass auch in Deutschland ein Teil der Muslime inzwischen dem politischen Islam angehörten. Und manche Vereine, die sich nach und nach etablierten, waren entweder

direkt aus dem Ausland initiiert worden oder standen ideologisch und finanziell im Dunstkreis ausländischer Organisationen.

Mit der ersten rot-grünen Koalition 1998 änderte sich die Gestaltung der Integration. Die *Grünen* bestanden auf einer strukturellen Integrationspolitik. Man trat verstärkt in Kontakt mit den muslimischen Verbänden und diese wiederum bemühten sich, zu Gesprächspartnern der Politik zu werden. Der exotische Islam bekam Strukturen, die die Politik dankbar aufnahm, ohne sich große Gedanken darüber zu machen, ob diese Strukturen demokratisch waren oder nicht. „Hauptsache Ansprechpartner!“ war die Devise der Parteien. Hier haben sich vor allem die vier größten islamischen Verbände DITİB, *Islamrat*, VIKZ und *Zentralrat der Muslime in Deutschland* (ZMD) hervorgetan, die sich 2007 auf Geheiß der Politik zum *Koordinationsrat der Muslime* zusammengeschlossen haben, um so mit einer Stimme, als *der* Ansprechpartner der Politik aufzutreten. Das Thema Verbände und ihre Rolle in der Migrationsgesellschaft wird vor allem im Kapitel 5 über die Integrationspolitik behandelt werden. Auf die Tatsache, dass diese Verbände einen konservativ bis orthodoxen Islam mit dem entsprechenden Weltbild vertreten, wurde von politischer Seite nicht eingegangen. Auch nachdem immer deutlicher wurde, dass bestimmte Themen wie die Debatte über das Kopftuch bei Beamtinnen oder die zunehmende Parallelisierung der Gesellschaft Unbehagen in der Gesellschaft auslöste. Dieses Unbehagen, das von der Politik ignoriert wurde, war (unter anderem) verantwortlich für die Entstehung der AfD, die die Probleme mit den eingewanderten Muslimen – und deren Ablehnung – zu ihrem Geschäftsmodell machte. Heute legt die AfD ihren politischen Fokus auf das Thema der sogenannten „Nicht-Integrierbarkeit der Muslime“ und ist damit – wie man an der Beliebtheit der Partei unschwer erkennen kann – sehr erfolgreich.

Das Verhalten der meisten deutschen Parteien zeugt von einer nahezu mitleiderregenden Hilflosigkeit. Anscheinend können die Parteien eine differenzierte Wahrnehmung des Islams nicht gewährleisten. Auf der einen Seite findet eine Folklorisierung des Islams, garniert mit Bereicherungsdiskurs, statt, auf der anderen Seite ein Aufblasen des Islams zum Problemfall, garniert mit Bedrohungsdiskurs. Wobei das Thema selbstverständlich unter parteipolitischen Gesichtspunkten diskutiert wird, denn mit einem Auge, je nach Partei mit dem rechten oder linken Auge, wird permanent nach dem Wahlvolk geschielt.

Es schwingt häufig die Frage mit, ob das Thema Islam der jeweiligen Partei nutzt oder schadet. Die Politiker vertreten also weniger eine Positi-

on, die dem Thema gerecht wird, sondern eine Position, von der sie sich erhoffen, bei der nächsten Wahl Vorteile zu haben, oder wenigstens keine Nachteile. Da das Thema Islam in der Öffentlichkeit eher skeptisch als differenziert betrachtet wird, und Muslime dauernd Probleme zu verursachen scheinen – vom Gummibärchen im Kindergarten bis zum Kopftuch der Beamtin –, wird das Thema von den Parteien als ein Verlierer-Thema betrachtet. Man hat kaum Alternativen zum Falschmachen. Allein die AfD hat es geschafft, aus der rechten Ecke heraus mit dem Thema „Ablehnung des Islams“ einen Treffer zu landen. Die AfD hat den Islam zum Objekt ihres rassistischen Weltbildes erklärt, wobei der Kulturrassismus alle Erklärungsmodelle des Blut- und Bodenrassismus übernommen hat. Gleichzeitig hat die AfD mit ihren Positionen die anderen Parteien in die Breddouille gebracht. Kritik am Verhalten von islamischen Repräsentanten oder Einzelpersonen ist sehr verhalten, weil keine Partei im gleichen Atemzug mit der AfD genannt werden möchte.

Stattdessen Appeasement-Politik überall. Mittlerweile ist bekannt, dass die DİTİB ein Ableger des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten, des *Diyanet İşleri Başkanlığı* (im Folgenden *Diyanet*) in der Türkei ist, dass sie in Deutschland gegen politisch Andersdenkende vorgeht und dass ihre Imame Spitzeltätigkeiten für den türkischen Geheimdienst übernehmen. Dennoch arbeiten viele deutsche Politiker weiterhin mit der DİTİB zusammen.² Auch und ausgerechnet Horst Seehofer, der sonst darüber schwadroniert, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, hielt bis vor kurzem an der Zusammenarbeit mit dieser Organisation fest. Nach dem Motto: Das haben wir immer schon so gemacht, so machen wir es weiter.

„Da staunt der Fachmann, und der Laie wundert sich“, um Erich Kästner zu zitieren. Ist es die Angst vor der geballten Aggressivität der Islamisten in Deutschland? Oder eine Vogel-Strauß-Politik, um die Mehrheitsgesellschaft nicht zu verschrecken und der AfD nicht noch mehr Auftrieb zu geben? Fragt man die Politiker, warum sie immer noch mit der DİTİB zusammenarbeiten, sprechen sie von einem Dilemma. Man könne eben nicht ohne Weiteres mit den vorhandenen größeren Islamverbänden als Ansprechpartnern brechen. Schließlich gebe es keine akzeptablen Alter-

2 Innenministerium arbeitet weiter mit Ditib zusammen. Spiegel Online, 8.5.2018, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moscheeverband-DITIB-innenministerium-haelt-an-zusammenarbeit-fest-a-1206703.html> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moscheeverband-DITIB-innenministerium-haelt-an-zusammenarbeit-fest-a-1206703.html>

nativen. Mit wem sollten sie denn zusammenarbeiten? Es müssten schließlich Verbände sein, die auch von den Moscheen akzeptiert würden. Schon wegen der forcierten Imam-Ausbildung an deutschen Hochschulen. Es sei alles nicht so einfach! Und so weiter und so fort. Man kennt die hervorgebrachten Argumente zur Genüge. Die deutsche Politik als Opfer der Verhältnisse?

Doch damit zeigen deutsche Politiker nicht nur ihre Hilflosigkeit, sie verärgern vor allem die, die sie gewinnen sollten: die aufgeklärten, europäisch denkenden Muslime. Damit meine ich nicht nur die wenigen Organisierten, sondern auch diejenigen, die nicht organisiert sind, aber bestimmt nicht zur Klientel der Moscheevereine gezählt werden können. Diese sind es, von denen die Impulse für eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas kommen werden. Man kann Islamophobie und Rassismus nicht bekämpfen, indem man ihnen Zunder gibt. Und man gibt ihnen Zunder, wenn man diejenigen unterstützt, die gar nicht in dieser Gesellschaft ankommen wollen. Und dazu zählen meiner Meinung nach neben der DİTİB auch der *Islamrat* und der *Zentralrat der Muslime*.

Dieses Buch möchte sich mit dem Kampf der aufgeklärten Muslime gegen den konservativ-orthodoxen Islam und seine Protagonisten befassen. Sie sind es, die unter dem konservativen, orthodoxen, fundamentalistischen Islam zu leiden haben, sie sind die „Ungläubigen“, die „Kafir“. Und mit dieser Etikettierung werden sie beleidigt, verfolgt und sind obskuren Fatwas ausgesetzt. Nichts Neues, möchte man sagen, denn bereits in den ersten Jahrhunderten der islamischen Geschichte wird die schwere Anschuldigung ein „Kafir“, also ein Ungläubiger, zu sein, von Muslimen auch häufig gegen andersdenkende Muslime verwendet.³

Ein Muslim ist ein Muslim ist ein Muslim. Kennst du einen, kennst du alle, möchte man behaupten, wenn man die Reaktionen der meisten Nichtmuslime erlebt. Was natürlich nicht stimmt. Was viele „Deutsche

3 Als „Kafir“ angesehen werden Muslime dann, wenn sie ihren Glauben (iman) verlieren, bzw. sich (angeblich) von ihm abwenden, sie eine schwere Sünde begehen oder wenn sie etwas tun, was „verboten“ (haram) ist. Gerade Fundamentalisten und Islamisten erklären pauschal alle Andersdenkenden und alle, die nicht ihren Interpretationen des Islams und strengen Glaubensregeln folgen, zu Ungläubigen und Feinden des Islams. Die Etikettierung als „Kafir“ ist auch in der aktuellen politischen Debatte sehr bedeutend. Vgl. Camilla Adang / Hassan Ansari / Maribel Fierro / Sabine Schmidtke (Hrsg.): *Accusations of Unbelief. A Diachronic Perspective on Takfir*. Leiden 2016

ohne Migrationshintergrund“ (manche sagen auch „autochthone Deutsche oder salopp: Bio-Deutsche) vergessen: Es gibt eine große Bandbreite bei Muslimen. Neben den fundamentalistischen Hardlinern gibt es auch gemäßigte, aufgeklärte und Kulturmuslime und es gibt Nenn-Muslime, das sind diejenigen, die schon lange nichts mehr von der Religion wissen wollen, aber aus Rücksicht auf die Familie oder aus Angst vor den Orthodoxen den Mund halten. Sie sehen den Islam als Teil ihrer Identität oder Kultur oder Herkunft, aber der Islam ist für sie beileibe nicht alles. Und nicht alles, was andere als muslimisch verkaufen, finden Muslime gut und unterschreiben es.

Religion soll nach den Vorstellungen des konservativ-orthodoxen Islams für Menschen muslimischen Glaubens der Dreh- und Angelpunkt ihres Lebens sein. Diese Vorstellung, von den Funktionären des orthodoxen Islams in die Welt gesetzt, wird von den meisten Nichtmuslimen in Deutschland unreflektiert übernommen, obwohl sie nicht der Realität entspricht. Muslime bilden in ihrer Gesamtheit die Palette von orthodox bis atheistisch ab, wie andere Menschen auch. Wie wäre es daher, wenn man Muslime ganz normal als Inländer sehen könnte, also als deutsche Bürger und nicht als „muslimische Mitbürger“?

Dann würden die Nichtmuslime endlich erkennen und verstehen, dass gerade Muslime Angst haben vor einem Islam, der ihnen keine Luft zum Atmen lässt und auf eine wortwörtliche und mittelalterliche Lesart der religiösen Quellen, Koran und Sunna⁴, setzt. Viele Muslime fürchten sich vor religiösen Eiferern, vor deren Intoleranz und Machtansprüchen. Denn sie erleben, wie die Eiferer Toleranz für sich reklamieren, gegen die eigenen Leute aber unbarmherzig sind, und wie die Umarmung der islamischen Funktionäre zum Zangengriff mutiert.

Auch Nichtmuslime – Christen, Juden und Atheisten – kennen die Unbarmherzigkeit der Orthodoxen aus eigener Anschauung. Wenn Nichtmuslime Angst vor dem fundamentalistischen oder konservativ-orthodoxen

4 „Sunna“ bedeutet im Arabischen „Handlungsweise“. In der islamischen Theologie ist damit das Handeln und die Aussagen des Propheten Mohammeds gemeint. Das Leben des Propheten als religiöser Führer, Gesetzgeber, Richter und Feldherr wird als zeitloses Vorbild betrachtet und als Richtschnur der islamischen Lebensweise anerkannt. Als koranische Bestätigung dafür wird die Sure 33 („Die Verbündeten“), Vers 21 angeführt: „Wahrlich, im Gesandten Gottes habt ihr ein gutes Beispiel für jeden der (mit Hoffnung und Ehrfurcht) dem letzten Tag entgegensieht und unaufhörlich Gottes gedenkt.“

Islam haben, dann sollen sie wissen, dass aufgeklärte Muslime noch viel größere Angst vor einer solchen Auslegung des Islams haben! Denn von ihnen wird erwartet, dass sie sich an die Regeln der „Orthodoxen“ halten und sie wissen, dass sie als „Kafir“, also als von der Religion Abgefallene, sehr viel mehr Ärger bekommen, als sich deutsche nicht-muslimische Normalos heute noch vorstellen können.